

Stellungnahme des Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland e.V.

Geplante Kürzungen im Schulfach Wirtschaft/Politik in Schleswig-Holstein

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Frau Ministerin Prien,

das Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland (BÖB) ist eine von über 100 überwiegend institutionellen Mitgliedern getragene gemeinnützige Initiative aus Lehrkräften, Verbänden, Stiftungen, Wissenschaft und Wirtschaft. Wir setzen uns für eine Verankerung Ökonomischer Bildung in allen weiterführenden Schulen in Deutschland ein. Um dieses Ziel zu fördern, machen wir uns für eine bessere fachbezogene Qualifizierung der Lehrkräfte stark und vernetzen die Akteure der Ökonomischen Bildung in Deutschland untereinander.

Wirtschafts- und Finanzbildung ist ein zentraler Bestandteil einer zeitgemäßen Allgemeinbildung. Als Schlüssel zu mehr Chancengerechtigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe hilft sie Menschen dabei, sich in einer Vielzahl von Lebenssituationen zurecht zu finden, Zusammenhänge zu verstehen und Urteils-, Entscheidungs- und Handlungskompetenzen zu entwickeln. Dabei umfasst Ökonomische Bildung eine Vielzahl an Facetten: Finanzkompetenz genauso wie Verbraucherbildung, Studien- und Berufsorientierung, unternehmerisches Denken, Wertebildung und ein Gesamtverständnis ökonomischer, wirtschafts- sowie finanzpolitischer Zusammenhänge, das für die demokratische Teilhabe unerlässlich ist.

Als bundesweit arbeitendes Netzwerk verfolgen wir die bildungspolitischen Entwicklungen in den Bundesländern. Mit besonderer Sorge haben wir nun die geplanten Kürzungen im Schulfach Wirtschaft/Politik in Schleswig-Holstein zur Kenntnis genommen. Diese Pläne würden zu einem erheblichen Bedeutungsverlust der Ökonomischen und Politischen Bildung führen und vielen Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit nehmen, zentrale Schlüsselkompetenzen zu erwerben, die für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft unverzichtbar sind.

Eine Bildungspolitik, die ungleiche Bildungschancen überwinden und wirtschaftliche, soziale und politische Partizipation fördern will, sollte solche Einschränkungen dringend vermeiden - gerade in einer Zeit, die von vielfältigen Krisen und dem Erstarken demokratiegefährdender Strömungen geprägt ist.

Wir appellieren daher eindringlich an Sie, die Kürzungen nicht weiter zu verfolgen. Insbesondere die geplante Streichung des bisherigen Pflichtfaches Wirtschaft/Politik im ersten Halbjahr der Jahrgangsstufe 12 sowie die angedachte Verlagerung des Wirtschaftspraktikums in die Jahrgangsstufe 11 sind aus unserer Sicht nicht zielführend. Derartige Maßnahmen würden dazu beitragen, dass andere bedeutende Themen in den Hintergrund geraten.

Darüber hinaus raten wir dringend davon ab, in der Sekundarstufe I weitere Kürzungen im gesellschaftswissenschaftlichen Bereich vorzunehmen. Bereits im Zuge der Oberstufenreform vor vier Jahren wurde das Fach Sozialkunde zugunsten des Faches Religion erheblich geschwächt.

Wir bitten Sie, Ihre Entscheidungen kritisch zu überdenken und sich für den Erhalt einer breit angelegten Ökonomischen und Politischen Bildung einzusetzen, die alle jungen Menschen auf eine aktive und reflektierte Teilhabe an unserer Gesellschaft vorbereitet.

Denn auch Wirtschaftsbildung stärkt die Mündigkeit der Wählerinnen und Wähler und leistet einen Beitrag zum Schutz und zur Stärkung unserer Demokratie. Nur mit Wissen über Wirtschaft und Finanzen in Kombination mit Politik können junge Menschen die Strukturen und Funktionsweisen der modernen demokratischen Gesellschaft verstehen und reflektieren und zu fundierten demokratischen Wahlentscheidungen kommen. Unsere Gesellschaft braucht mündige (Wirtschafts-)Bürgerinnen und Bürger, die die Vorteile unserer Demokratie, unseres Sozialstaats und der Sozialen Marktwirtschaft erkennen und mittragen.

16. Dezember 2024

Bündnis Ökonomische Bildung Deutschland